

Lehren aus dem innerpalästinensischen Konflikt für das westliche Engagement in Konfliktgebieten mit religiös-fundamentalistischen Einflussfaktoren

Karin Kneissl

Von der säkularen PLO zur islamistischen Hamas: Wie Israel, die USA und Europa ihre palästinensischen Verhandlungspartner verloren

Am 25. Jänner 2006 erlangte die islamistische Hamas bei der palästinensischen Parlamentswahl über 70% der Stimmen. Dieser Wahltriumph überraschte die Partei ebenso wie den Rest der Welt, obwohl mit einem Sieg der Hamas zu rechnen war. Genau aus diesem Grund hatte Präsident Mahmud Abbas im Juni 2005 kurzfristig die für Mitte Juli 2005 ursprünglich vorgesehene palästinensische Parlamentswahl verschoben. Offenbar hatte der Fatah-Chef und Nachfolger von Jassir Arafat gehofft, vom israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen innenpolitisch zu profitieren. Doch weder der damalige israelische Premier, Ariel Scharon, noch die USA oder die EU machten Abbas das Leben leicht.

Politisch marginalisiert, verstrickt im Korruptionssumpf der Palestine Liberation Organization (PLO), ohnmächtig angesichts israelischer Angriffe und ohne wirtschaftliche oder politische Perspektiven für die palästinensische Bevölkerung war Präsident Abbas bereits vor dem Hamassieg ohne Einfluss. De facto ist der Präsident seit der Wahl – trotz des Versuchs des von der Fatah dominierten palästinensischen Parlaments, sein Amt mit mehr Kompetenzen auszustatten – völlig machtlos. Daran hat sich auch trotz aller Versuche, ihn zum Verhandlungspartner der Nahostkonferenz von Annapolis im November 2007 aufzubauen, nichts geändert. Als die israelische Armee Mitte Jänner 2008 ihre größte militärische Operation seit Neubeginn der bilateralen israelisch-palästinensischen Verhandlungen unternahm und in Reaktion auf den

fortgesetzten Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen Dutzende von Palästinensern tötete, drohte Abbas mit seinem Rücktritt. Dann würde auch der letzte sogenannte „gemäßigte“ und von sämtlichen westlichen Staatskanzleien und Israel akzeptierte palästinensische Spitzenpolitiker abtreten und das politische Vakuum, das sich seit Jahren zusammenbraut, wäre perfekt.

Zeichneten sich die palästinensische Gesellschaft und ihre politischen Eliten, ob im Inland oder im Exil, bis Mitte der 1990er-Jahre durch Pluralismus und säkulare Ideologien aus, so sind – nicht zuletzt infolge der seit dem Beginn des Oslo-Prozesses 1993 ungelösten Statusfrage, der anhaltenden israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik – politischer Islam und Radikalisierung auch im Westjordanland angewachsen. Der christliche Bevölkerungsanteil, der noch 1985 in Städten wie Ramallah und Bethlehem bei rund 25% lag, hat sich dramatisch auf unter fünf Prozent verringert. Pluralismus hat einem innerpalästinensischen Bürgerkrieg, der im Juni 2007 im Rauswurf der Fatah-Politiker aus dem Gazastreifen vorerst einen blutigen Höhepunkt fand, Platz gemacht.

Die Staatengemeinschaft sieht diesem Chaos hilflos zu. Westliche Journalisten werden Opfer von Entführungen, Hilfsorganisationen ziehen ihr Personal ab, nachdem es zu Einschüchterungen und Anschlägen gekommen war. Der Gazastreifen versinkt seit den Wahlen 2006 in Anarchie. Die Ursachen hierfür sind vielfältig, teils eine Folge der Blockadepolitik durch Israel und dem Einfrieren aller internationalen Hilfe, teils auch innerpalästinensisch bedingt. Der Ausbruch innerpalästinensischer Kämpfe, wie er sich bereits vor dem Wahlsieg der Hamas abgezeichnet hatte, sorgte für Schock und Unverständnis in der Zivilbevölkerung. Straßenschlachten zwischen verfeindeten Milizionären gehen trotz der von der Hamas versuchten Befriedung des Gazastreifens weiter, zu offenen Feindseligkeiten zwischen Anhängern und Gegnern der PLO kommt es auch im Westjordanland.

Die palästinensische Gesellschaft, die sich selbst aufgrund der besonderen Erfahrung der israelischen Okkupation oft als politisch überlegen und fortschrittlicher als jene in den arabischen Nachbarstaaten sah, ist binnen kurzer Zeit in alte Clanstrukturen zerfallen. Viele der Entführun-

gen im Gazastreifen sind nicht politisch motiviert, sondern vielmehr dem organisierten Verbrechen zuzuordnen. Es handelt sich um rivalisierende Banden, die oft deckungsgleich mit Großfamilien sind. Als Ursachen dieser Gewaltspirale ist die Ausstrahlung aus dem Irak nicht zu unterschätzen. Die Bilder vom Aufstand gegen die Besatzung im Irak inspirieren die palästinensische Öffentlichkeit, so wie der palästinensische Widerstand von großer symbolischer Wirkung in der gesamten arabischen und muslimischen Welt ist. Denn dieser jahrzehntelange Konflikt wurde zum Synonym für die Hilflosigkeit der vom Westen unterstützten arabischen Regierungen, wie jener von Jordanien oder Ägypten, und hat indes Generationen in der arabischen und muslimischen Welt geprägt.

Der Aufstieg der Hamas und der Abstieg der PLO

Das arabische Akronym Hamas steht für „Bewegung des islamischen Widerstandes“. Die Hamas entstand unter Führung des von Israel im März 2005 „gezielt getöteten“ Scheichs Ahmed Jassin kurz nach Beginn der ersten Intifada 1987 als Ableger der ägyptischen Moslembruderschaft. Durch Gründung von Kindergärten, Schulen und Volksküchen gewann die Hamas Rückhalt vor allem bei armen Palästinensern und stieg schnell zur größten islamischen Bewegung auf. Besonders im Gazastreifen hat sie eine große Anhängerschaft. Erstaunlich war die große Unterstützung für die Hamas in den Städten des Westjordanlands bei Gemeinderatswahlen. Im Gazastreifen ist die Hamas schon seit Jahren die treibende politische Kraft. Die Hamas ist in sich nicht einheitlich organisiert, sondern verfügt ebenso über moderatere Flügel, die sich Verhandlungen mit Israel vorstellen können, und militante Gruppen, welche die Vernichtung Israels anstreben. Trotz aller israelischen Operationen zur Liquidierung führender Hamas-Funktionäre funktionieren die politischen, sozialen und militärischen Strukturen der Hamas weiterhin.

Einer der Hauptgründe für den Sieg der Hamas war sicherlich der Denkart, den die Wähler den korrupten Politikern der Autonomiebehörden verpassen wollten. Der israelische Plan, den ehemaligen Sicherheitschef der PA, Palestinian Authority, Mohammed Dahlan zu einem „starken Mann“ aufzubauen, war ohnehin zum Scheitern verurteilt. Dahlan zählt

zu den vielen unpopulären palästinensischen Politikern. In der palästinensischen Gesellschaft finden zugleich infolge wachsender Frömmigkeit brisante Veränderungen statt. Die Polygamie kehrt vor allem in den ärmeren Haushalten zurück, unverschleierte Frauen sind zu einer Minderheit geworden. Dass die Einführung der islamischen Rechtsordnung die palästinensische Gesellschaft auf Generationen hinaus verändern wird, fürchten säkulare Politiker wie Frau Hanan Ashrawi. Den gemäßigten Palästinensern war systematisch von israelischer und islamistischer Seite gleichsam der Teppich unter den Füßen weggezogen worden. Symbolisch für diese Entwicklung war die Schließung des Orient-House in Ost-Jerusalem im August 2000. Diese schöne Villa in osmanischem Stil war ein wichtiger Treffpunkt für die nichtreligiösen politischen Zirkel rund um Feisal al-Husseini und Hanan Ashrawi.

Vorrangig für die Frage des Umgangs Israels, der USA und der EU mit der neuen Lage ist die Linie der Hamas gegenüber Israel. Zwar hält die Hamas weiter an der im Februar 2005 vereinbarten Waffenruhe fest, aber eine Entwaffnung der eigenen Kämpfer lehnt sie entschieden ab. Ihr Motto für die Wahl „Waffen und Parlament“ soll weiter gelten. In ihrer Charta ruft die Gruppe zur Vernichtung Israels und zur Errichtung eines islamischen Staats vom Jordan bis zum Mittelmeer auf. In ihrem neuen Wahlprogramm tauchte diese Forderung zwar nicht mehr auf, ein Sprecher der Organisation bezeichnete das jedoch ausdrücklich als taktischen Schritt. Es darf daran erinnert werden, dass auch die PLO noch die Vernichtung Israels in ihrer Charta vorsah, als es dank norwegischer Vermittlung 1993 zum direkten Dialog mit der israelischen Regierung kam.

Zumindest nach außen bemühte sich die Hamas zusammen mit dem Islamischen Dschihad, der die Wahl boykottierte und Israels unversöhnlichster Feind ist, zuletzt um ein gemäßigteres Image: Seit 1993 hatte die Hamas mit zahlreichen blutigen Terroranschlägen Hunderte von Israelis getötet. Alleine während der zweiten Intifada, also während der letzten Jahre, verübte die Hamas 60 Selbstmordattentate. Im Juni 2005 entschloss sich die Hamas zu einem Waffenstillstand, den sie bis Herbst 2007 auch tatsächlich eingehalten hatte.

Der Aufstieg der Hamas ist auf das Jahr 1967, die damalige große Niederlage der arabischen Armeen im Sechstagekrieg gegen Israel, zurückzuführen. Israel verdreifachte die Fläche des von ihm kontrollierten Territoriums. Dieser militärische Sieg, der sich schon bald als Pyrrhus-Sieg erweisen sollte, setzte dem säkularen Panarabismus, der unter dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser seinen Zenit erreichen sollte, ein Ende. Von nun an begannen sich religiös motivierte Strömungen als ideologische Alternative zu säkularen Bewegungen wie der PLO, zu etablieren, die sich unter anderem von den Schriften des Ägypters Hassan El-Banna inspirieren ließen. Die Muslimbruderschaft setzte sich bereits in den 1930er-Jahren zum Ziel, den Rückzug aus der kolonialen Gesellschaft islamisch zu deuten. Es ging ihnen erst recht nicht mehr um Integration, sondern um ihr bewusstes Ausgeschlossenheit im Namen des Islam.¹ Die islamische Welt steckte zur Zeit der Gründung der Bruderschaft Ende der 1920er-Jahre in einer tiefen Sinnkrise. Die europäische Kolonialisierung erreichte mit der Schaffung der Mandatsgebiete auf dem Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches ihren Höhepunkt. Das osmanische Kalifat von Istanbul war 1924 von Kemal Atatürk abgeschafft worden. An seine Stelle trat eine laizistische und nationalistische Republik. Die Welt des Islam erschien in ihren Grundfesten erschüttert. Die Gründung der Muslimbruderschaft war ein Versuch, diese allgemeine Sinnkrise zu bewältigen. Die Bruderschaft übernahm gewissermaßen wieder die Verantwortung für die politische Dimension des Islam, indem sie sich an die Stelle eines Kalifen setzte, der bis dahin als die politische Symbolfigur des Islam gegolten hatte. Sie wurde binnen weniger Jahre zu einer Massenbewegung. Ab Mitte der 1930er-Jahre vermehrten sich auch die Außenkontakte der Muslimbruderschaft, die vor allem in das britische Mandatsgebiet Palästina hineinzuwirken begann.

¹ Schulze, Reinhard: Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert. München 2002, S. 125.

Die Rückkehr des Religiösen: das Erstarren des Konfessionalismus

Der französische Soziologe Gilles Kepel beschrieb bereits Ende der 1980er-Jahre die Tendenz der Rückkehr der Religion auf die politische Bühne, lange bevor noch wiedergeborene Christen im Weißen Haus regierten und Islamisten die Wahlen in Ägypten oder Algerien gewannen.² Wie stark der Konfessionalismus als ideologische Instrumentalisierung der eigenen Konfessionszugehörigkeit in Auseinandersetzung mit dem konfessionell Anderen um sich greift, lässt sich nicht nur an den Kriegsschauplätzen Libanon und Balkan ablesen. Frankreich durchläuft seit Jahren eine brisante Phase im Umgang mit seiner muslimischen Diaspora und dem rapide angewachsenen Antisemitismus. Von einer Konfessionalisierung Frankreichs, dessen Bürger im Sinne eines kontroversen „*communautarisme*“ immer öfter in Juden, Muslime etc. eingeteilt werden, und der Notwendigkeit von Quoten zwecks Förderung marginalisierter Jugendlicher nichtfranzösischer Abstammung in den Vororten ist die Rede. Zu einer Balkanisierung Frankreichs wäre es dann auch nicht mehr weit.³

Die Kategorie des republikanischen *citoyen* bar aller ethnischen Zuordnung scheint in Auflösung begriffen. Ob die Fünfte Republik die gegenwärtigen Krisen ungeschoren übersteht, bleibt abzuwarten. Jugoslawien ist indes von der Landkarte und aus dem Vokabular verschwunden. Bis 2003 existierte im journalistischen Sprachgebrauch noch der seltsame Name Restjugoslawien, der schließlich der Bezeichnung Serbien & Montenegro weichen musste. Mit dem Austritt Montenegros aus dieser Restföderation im Juni 2006 zugunsten der Unabhängigkeit von Montenegro findet vorerst der letzte Akt von Balkanisierung seinen Abschluss. Wie immer sich die Statusfrage des Kosovo nach der Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008 weiterentwickeln wird, weitere souveräne Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens sind nicht auszuschließen.

² Kepel, Gilles : *La revanche de Dieu – Chrétiens, juifs et musulmans à la reconquête du monde*. Paris 1990.

³ „Gare à la balkanisation de l’histoire“. In : *Les Echos*, 15.12.2005.

Der Libanonkonflikt, der offiziell von 1975 bis 1990 dauerte, hat grundsätzlich zur Stärkung religiös geprägter Strukturen im Nahen Osten geführt. Diese „Libanisierung“ war schließlich ab 1991 bis in den Balkan hinein zu spüren. Die zahlreichen internen Krisen, die den Libanon seit seiner Unabhängigkeit erschütterten, zeigen die Zerbrechlichkeit dieses politischen Systems. Den konfessionellen Proporz und die damit verbundenen, teils verknöcherten Strukturen abzuschaffen, hefteten in den 1970er-Jahren die diversen revolutionären Bewegungen auf ihre Fahnen, die kommunistisches Gedankengut in ihre Programme aufgenommen hatten. Hierzu zählten vor allem die vielen palästinensischen Strömungen in und außerhalb der PLO, die oftmals als Spielbälle des Kalten Kriegs von der Sowjetunion und der DDR unterstützt wurden. Doch ob palästinensisch oder genuin libanesisch, die Verfechter eines völlig säkularen Libanons, in welchem die Konfession keine Rolle mehr spielen sollte, sondern nur mehr der „citoyen“ nach republikanischen Regeln die Politik mitgestaltet, verfehlten ihre Ziele. Der Libanon ist nach 16 Jahren Krieg konfessioneller als er es bei seinem Ausbruch 1975 war. Die Gründe für dieses Erstarken der konfessionellen Strukturen in Gesellschaft und Politik hierfür lassen sich wie folgt beschreiben:

Erstens, die Zentralgewalt des Staates, die mit der Ausnahme der Präsidentschaft von Fouad Chehab 1958-1965, stets schwach war, ist infolge des Erstarkens der palästinensischen Präsenz im Libanon seit 1969, respektive mit dem Aufstieg der Hizbollah in den 1980er- und 1990er-Jahren weiter in den Hintergrund getreten.

Zweitens, wo der Staat versagte, trat die Glaubensgemeinschaft in den Vordergrund, sei es um das physische Überleben der Gruppe mittels Schulen, Hospitälern etc. zu garantieren, oder um sich politisch zu artikulieren (siehe die maronitische Liga, der Höhere Schiitenrat etc.). Dies trifft auf sämtliche Staaten im Nahen Osten zu.

Drittens, die Zugehörigkeit zu einer Familie und damit zu einer bestimmten Konfession war im Libanon stets das entscheidende Kriterium der Zuordnung, sozial und politisch. Diese kulturelle Dimension ist mit den Kriegswirren nicht verschwunden, sondern eben erstarkt, da ohne

solche Verankerung im Familienverband sich die libanesische Gesellschaft wohl aufgelöst hätte.

Von der Balkanisierung zur Libanisierung und retour

Vergleichende Studien zu den Konflikten zwischen dem Nahen Osten und dem Balkan werden seit einigen Jahren fächerübergreifend erstellt.⁴ Denn sowohl der Libanon als auch das ab 1991 zerfallende Jugoslawien sind interessante, vor allem aber tragische Fallstudien für die Konfessionalisierung einer Gesellschaft und Staatenimplosion. Der religiöse, respektive ethnische Proporz bewegt sowohl den Libanon als auch die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Letzteres baute ebenso auf Quoten zur Regelung des öffentlichen Lebens auf, wie dies für den Libanon weiterhin gilt, doch ihre Systeme sind keineswegs vergleichbar. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) war kommunistisch geprägt, zugleich blockfrei und hatte eine besondere Variante der Planwirtschaft geschaffen; der Libanon frönte stets dem Freihandel, ist politisch aber auf feudalen Hierarchien der Landeigentümer (zu'ama) aufgebaut. Dies gilt ebenso für die Eigentumsverhältnisse in den palästinensischen Gebieten. Gemeinsam ist diesen Regionen die Religionsvielfalt.

Das osmanische Erbe in der Verwaltung und Gesellschaft, das sowohl auf dem Balkan als auch in der Levante für Jahrhunderte wirkte, ist nicht zu unterschätzen. Es prägte zudem das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, wobei der Staat als korrupt und repressiv wahrgenommen wurde und wird. Während Jugoslawien und auch die Sowjetunion infolge ähnlicher zentrifugaler Kräfte tatsächlich noch 1991 implodierten, besteht der Libanon in seiner Staatlichkeit bis heute fort. Vielleicht gerade deshalb, weil er zentral und nicht föderal organisiert ist. Ausschlaggebend für den Fortbestand dieses kleinen Staatswesens während 16 Jahren

⁴ Im Wintersemester 1999 leitete ich erstmals ein Proseminar zum Thema „Balkanisierung und Libanisierung“ an der Universität Wien, Institut für Politikwissenschaften. Seit dem Herbst 2002 biete ich dieses an der Diplomatischen Akademie Wien an. Das Österreichische Institut für internationale Politik hatte 2002 einen Forschungsschwerpunkt zu diesem Thema; siehe <<http://www.oiiip.at>>.

Krieg ist meines Erachtens zudem die Rolle der Familienclans, die in Abwesenheit staatlicher Institutionen die öffentlichen Dienstleistungen wie die Stromversorgung übernommen hatten. Der politische Tribalismus war eine der Wurzeln des Konflikts, doch ohne die Rolle dieser mächtigen Großfamilien hätte der Libanon wohl die Jahre des Chaos nicht überlebt.

Kriege haben bekanntlich einen offiziellen Beginn, auch wenn sie sich über viele Jahre hinweg zuvor ankündigen. Für den libanesischen Bürgerkrieg wurde der 13. April 1975 als ein solches Datum angesetzt. An jenem Tag überfielen christliche Milizionäre einen Autobus mit palästinensischen Kämpfern. Es folgten 16 Jahre Bürgerkrieg oder „*La guerre des autres*“, also ein Stellvertreterkrieg, wie ihn der Publizist Ghassan Tueini in seinem gleichnamigen Buch nennt. Als offizielles Ende wiederum wurde der 13. Oktober 1990 angesetzt. Rund 70 000 syrische Soldaten, versehen mit dem stillschweigenden Segen der Staatengemeinschaft, marschierten an diesem Tag im Libanon ein. Damaskus sollte die innerchristlichen Kämpfe zwischen General Michel Aoun, der seit 1988 ad interim als Präsident agierte und einen völlig aussichtslosen Unabhängigkeitskrieg gegen Syrien am 14. März 1989 erklärt hatte, und seinem Widersacher Samir Geagea, Chef der Phalangisten, beenden. Die Kanonen begannen im Herbst 1990 zu schweigen, das Land war in Dutzende Kantone und Sperrzonen zerschnitten. Kommentatoren titelten ihre Beiträge zur Lage im Zedernstaat seit 1975 gerne mit „Die Balkanisierung des Libanons“. Gemeint waren der fortschreitende Zerfall des Landes in ethnisch homogene Kantone, der Verlust der Zentralmacht und die Aufsplitterung der Armee in Milizen.

Definiert wird Balkanisierung als die Fragmentierung von Vielvölkerstaaten in viele kleine Nationalstaaten, die einander oft feindlich gesinnt sind. Als das Osmanische Reich und die Donaumonarchie mit dem Ende des Ersten Weltkriegs in solche Nationalstaaten zerfielen, neue Grenzen entstanden, die Minderheitenprobleme schafften und damit auch die Basis für den nächsten großen Krieg legten, kam der Begriff auf. Obwohl seither in der Geschichtsschreibung und in den Medien fast inflationär verwendet, so ist sein Ursprung unklar. Erstmals verwendet haben soll den Ausdruck der Balkanisierung der deutsche Politiker Walther Rathe-

nau in einem Interview mit der New York Times im September 1918, ohne jedoch den Balkan geografisch gemeint zu haben.⁵

Mit dem offiziellen Ausbruch der Balkankriege am 25. Juni 1991, als Kroatien und Slowenien ihre Unabhängigkeit erklärten und aus der SFRJ austraten,⁶ wiederholte sich ein historischer Vorgang, wie ihn dieser Raum rund 70 Jahre zuvor bereits erlebt hatte. Neue kleinere Nationalstaaten entstanden vor dem Hintergrund eines Gemetzels, das neben Hunderttausenden Todesopfern und Invaliden zu den größten Flüchtlingsströmen auf dem europäischen Kontinent seit 1945 führte. Dieses Mal wurden Journalisten und Politologen nicht müde, von der „Libanisierung Jugoslawiens“ zu sprechen. Noch vor dem Ausbruch dieser neuen Balkankriege, die sich seit dem Tode von Josip Broz Tito 1980 infolge Wirtschaftskrise und wachsendem Nationalismus führender Politiker zusammenbrauten, schrieb der libanesische Historiker Georges Corm über das Kräfteverhältnis zwischen Europa, dem Balkan und dem Nahen Osten unter dem Titel „*L'Europe et l'Orient, de la balkanisation à la libanisation, histoire d'une modernité inaccomplie*“.⁷ Corm nahm mit seiner vergleichenden historischen Analyse der beiden Regionen, ihrer Gemeinsamkeiten als Erben von Vielvölkerreichen, die Kriege von 1991 bis 1999 im Balkan vorweg.

Im Hafen von Jounieh, nördlich von Beirut, konnte man im Herbst 1990, als die Syrer die Karten im kriegszerstörten Libanon neu mischten, folgendes beobachten: die Waffen christlicher Milizen, wie der Phalange, wurden verladen. Die Fracht ging an die dalmatinische Küste.⁸ Der Waffenmarkt verlagerte sich im Oktober 1990 vom Libanon nach Jugoslawien. Genau neun Monate später brach der Jugoslawienkrieg aus. Mit diesen Schiffen gelangte nicht nur das Kriegsmaterial, sondern die gesamte

⁵ Siehe <<http://fr.wikipedia.org/wiki/Balkanisation>>, abgerufen am 30.4.2006.

⁶ Die jugoslawische Bundesverfassung sah die Möglichkeit des Austritts durch Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung grundsätzlich vor. Siehe Klemencic, Matjaz/Zagar, Mitja: *The Former Yugoslavia's Diverse Peoples*. Oxford 2004. S. 292ff.

⁷ Corm, Georges: *L'Europe et l'Orient. De la balkanisation à la libanisation: histoire d'une modernité inaccomplie*. Paris 1989.

⁸ So auch die Informationen in Gesprächen mit Fouad Abdel Nader, Chef der Phalange von 1982 bis 1986.

moderne Milizmentalität von der Levante in die Adria. Was man zuvor in Beirut oder Tripoli erlebt hatte, fand nun in Sarajewo und Banja Luka statt. Jene jungen Männer, die zuvor arbeitslos waren, doch dank Sonnenbrille, Maschinenpistole und ergebener Truppe rasch zu mächtigen Chefs der von ihnen kontrollierten Stadtteile aufstiegen, fanden sich bald in den paramilitärischen Banden der Kroaten, Serben und Bosniaken gleichermaßen. Der Kreis hatte sich nicht nur über die Begriffe, sondern über den Waffenhandel zwischen Orient und Balkan geschlossen.

Ratloser Westen

Wie bereits nach den algerischen Wahlen 1991, als die islamistische FIS, Front Islamique du Salut, den Wahlsieg erlangte, weiß der Westen neuerlich nicht, wie mit dem (unerwünschten) Ergebnis demokratischer Wahlen, die zudem international überwacht waren, frei und fair verlaufen, zu verfahren ist. Die algerischen Wahlergebnisse wurden auf internationalen Druck annulliert. Im Falle der Hamas lässt sich dies wohl kaum durchziehen. Die arabischen Staaten stehen geschlossen hinter dem Wahlsieg der Hamas. Der gesamtpolitische Kontext ist zudem ein völlig anderer als im Fall Algeriens, das nach der Annullierung der Wahlergebnisse in einen jahrelangen Bürgerkrieg mit mehr als 200 000 Toten versank.

Die Hamas wird von der EU und den USA als Terrororganisation eingestuft. Die EU hatte die Hamas – anders als die Hizbollah – im September 2003 auf ihre Liste terroristischer Organisationen gesetzt. Die Hamas hatte zuvor zahlreiche Anschläge auf zivile Ziele unternommen. Die palästinensische und arabische Öffentlichkeit insgesamt reagierte ihrerseits verständnislos auf den Boykott, den der Westen gegen die palästinensischen Gebiete infolge eines demokratischen Wahlergebnisses verhängte.

Irritiert zeigen sich die europäischen Regierungen über die vielen Angriffe auf europäische Einrichtungen, die bereits vor dem Karikaturenstreit im Februar 2006 im Gazastreifen zu beobachten waren. Diese Wutausbrüche erklären sich aber vor dem Hintergrund des Boykotts

durch die Europäer. Im Zuge des Bilderstreits und im Gefolge des israelischen Angriffs auf das Gefängnis von Jericho am 14. März 2006⁹ nahm die Gewalt gegen Ausländer neuerlich zu.

Nach dem ersten Schock machten sich die Parteien gegenseitig für den Erfolg der Radikalen verantwortlich. So hieß es von Seiten der Arbeiterpartei, die Regierung hätte den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und die Fatah mit Zugeständnissen unterstützen können, die ihre Stellung bei den Wählern gestärkt hätten. Während im Likud eine harte Linie gegen die Hamas ausgerufen wird, setzen die Gemäßigten in der israelischen Politik hingegen darauf, dass die Hamas in der Regierungsverantwortung nicht umhin kann, ihre militanten Positionen abzuschwächen – oder wie es der frühere Geheimdienstoffizier Israel Hasson formuliert: „Sobald die Hamas mit uns spricht, ist sie nicht mehr die Hamas.“

Israel stoppte die Überweisung von Steuern und Zolleinnahmen – etwa eine halbe Milliarde Euro jährlich – an die palästinensische Autonomiebehörde. Es sollen keine palästinensischen Arbeiter mehr nach Israel eingelassen werden. Zudem schnitten die israelischen Behörden palästinensische Banken in den besetzten Gebieten von internationalen Geldströmen ab. Allerdings sollen weiter Geld und Hilfsgüter über internationale Organisationen in die Palästinensergebiete fließen. Dabei gehören der Gazastreifen und das Westjordanland schon jetzt zu den Armutregionen der Welt. Ein UN-Bericht listet die palästinensischen Gebiete auf Platz 102 von 177 Ländern. Rund zwei Drittel der Palästinenser leben unter der Armutsgrenze. Der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters liegt bei 15 US-Dollar (etwa 12 Euro). Die Arbeitslosigkeit hat seit Beginn des Palästinenseraufstandes im Jahr 2000 dramatisch zugenommen. Die Palästinenser hängen am Tropf internationaler Hilfe. Auch

⁹ Hierbei drang die israelische Armee in das palästinensische Gefängnis ein, um Häftlinge nach Israel zu verbringen, da man ihre Freilassung befürchtete. Der Armeeeinsatz in Jericho sei „unnützlich und illegal“ gewesen, sagte Parlamentspräsident Josep Borrell in Straßburg am 15. März 2006. Eine Aktion wie diejenige in Jericho und die „demütigenden Bilder“ der Häftlinge seien nicht geeignet, die Sicherheit Israels zu verbessern.

in Israel wird gewarnt, ein Ende der Hilfen könnte nur unerwünschte Geldgeber wie Iran auf den Plan rufen.

Fast die Hälfte aller Israelis hatte sich 2006 in einer Umfrage für die Aufnahme von Gesprächen mit der Hamas ausgesprochen. Israels Regierung hatte das hingegen nach dem überraschenden Sieg der israelfeindlichen Organisation ausgeschlossen. 48% der Befragten seien für Gespräche mit der Hamas, 43% dagegen, hieß es in einer Umfrage der israelischen Tageszeitung „Yediot Achronot“.¹⁰ Die Zeitung hatte die Israelis vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses am 28. Jänner 2006 befragt.

Der Hamas wird von Seiten der palästinensischen Bevölkerung immer öfter zugetraut, eher für Recht und Ordnung sorgen zu können als die Fatah. In Umfragen zur Wahl verbucht Hamas stete Zugewinne, wenn auch die Fatah – zumindest noch – auf eine deutliche Mehrheit kommt. Die Fatah selbst wäre beinahe an Flügelkämpfen zwischen junger und alter Garde zerbrochen. Abbas konnte in letzter Minute, nur knapp vor dem Ende der Registrierung für die Wahlen, die Einheit der Bewegung wahren. Dieser Generationenkonflikt innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde ist nicht zum ersten Mal ausgebrochen. Bereits 1999 wuchsen die Spannungen zwischen der alten Garde, damals noch im Machtzirkel von Jassir Arafat, und den jungen Politikern, wie z.B. Marwan Barghouti. Zu offenen Gefechten kam es nicht. Zudem wurde die Krise vom Ausbruch der Intifada im Herbst 2000 überlagert.

Die Palästinensische Autonomiebehörde steht laut der Einschätzung des Jerusalemer Repräsentanten der Weltbank, Nigel Roberts, bereits mitten im Staatsbankrott. In einem Interview warnt Roberts vor den dramatischen Auswirkungen einer solchen Krise, die das Heer der Arbeitslosen weiter vergrößern würde.¹¹ Allein unter den 15- bis 25-jährigen Palästinensern im Gazastreifen beträgt die Arbeitslosenquote 70%. Roberts kritisiert den anhaltenden „Arafatismus“, sprich Korruption und Vetternwirtschaft, in der Verwaltung. Seit dem Tod Arafats habe sich an fehlender Gebarungskontrolle gar nichts geändert. Obwohl die Autono-

¹⁰ Ausgabe vom 27.1.2006

¹¹ Haaretz, 10.1.2006

miebehörden mit der jährlichen Unterstützung von ca. einer Mrd. USD der weltweit größte Empfänger der Weltbank sind, habe sich die Lage nur verschlechtert.

Menschen, die an ein Ende des Dramas auf dem israelisch-palästinensischem Schlachtfeld glauben, fanden sich auch inmitten der schwierigen Kampfsituationen zusammen, um nach einem rationalen Ausweg zu suchen. Eine Perspektive bildet die Genfer Initiative. Anders als im Verhandlungsprozess von Oslo, der wichtige Knackpunkte bewusst übergang, um in guter skandinavischer Tradition von „Konfliktmanagement“ auf die persönliche Chemie zwischen den Konfliktparteien und die Annäherung zu setzen, widmete sich die Genfer Initiative wichtigen Details. Denn die wesentlichen Fragen, welche die Vermittler von Oslo ausließen, führten in Camp David im Juli 2000 zur großen Konfrontation. Es sind folgende drei wichtige Konstanten: der Status von Jerusalem, die Grenzen und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. Eben diese Punkte behandelt das Genfer Dokument, das zudem einen wichtigen Annex mit genauen Karten über den zukünftigen Grenzverlauf enthält.

Unter Mithilfe des Schweizerischen Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten und dem persönlichen Engagement von Ministerin Micheline Calmy-Rey kam es 2003 in Genf zu Gesprächen zwischen Palästinensern und Israelis. Der als „Genfer Pakt“ bezeichnete neue Anlauf für Friedensgespräche wurde am 20. November 2003 feierlich unterzeichnet. Die Delegationen wurden vom ehemaligen israelischen Justizminister Jossi Beilin und dem Ökonomen Jassir Abed Rabbo, seit 1960 enger Mitarbeiter Arafats, geleitet.

Die Kernpunkte der Vereinbarung lauten: Israel zieht sich auf die Waffenstillstandslinien von 1967 zurück, mit Ausnahme jener Gebiete, die getauscht werden sollen. Dies betrifft ca. 150 km². Internationale Truppen sollen die Grenzübergänge überwachen. Jerusalem wird geteilt: Die arabischen Viertel im Osten gehen an die Palästinenser, die jüdischen Viertel im Osten und die Vororte im palästinensischen Westjordanland werden Teil Israels.

Doch weder wurde die Genfer Initiative entsprechend von den US-Vermittlern für die Vorbereitung der Konferenz von Annapolis am 27. November 2007 aufgegriffen, noch wusste das Weiße Haus die Empfehlungen der „Iraq Study Group“ vom 6. Dezember 2006 entsprechend umzusetzen. Den Vorsitz führten der frühere US-Außenminister James Baker und der Demokrat Lee Hamilton. Interessant am Bericht, der eine neue Irak-Strategie vorschlug, ist die Forderung nach einer umfassenden neuen Strategie für die Region. Im Zentrum der Empfehlungen steht daher auch die Lösung des Palästinakonflikts. Die Autoren des Berichts gehen so weit, neben der Schaffung eines palästinensischen Staates in den Grenzen der Waffenstillstandsabkommen von 1949, also dem Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem, auch das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge einzufordern. So paradox es auch anmuten mag, angesichts der völlig verfahrenen Lage im Nahen Osten könnten die Aussichten auf ernsthafte Initiativen für die Lösung des Palästina-konflikts steigen. US-Präsident George W. Bush warb jedenfalls im Zuge seiner ersten Nahostreise im letzten Amtsjahr Anfang Jänner 2008 für ein „Ende der israelischen Okkupation“ und eine „Zweistaatenlösung“.

Der Palästinakonflikt in seiner geballten Symbolkraft für die arabische und muslimische Welt in ihrer Gesamtheit ist nicht zu unterschätzen. Die Notwendigkeit einer umfassenden Lösung, die einen lebensfähigen palästinensischen Staat auf zusammenhängendem Territorium als Resultat haben muss, wird von allen im Nahost-Quartett vertretenen Akteuren – den USA, der EU, Russland und der UNO – regelmäßig bekräftigt. Zwar wurden seither einige Initiativen gesetzt, so jene der Arabischen Liga im Jahr 2002, die eine Anerkennung Israels im Gegenzug für die Rückgabe besetzter Gebiete vorsieht. Doch die oft zitierte Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats von 1967 ist noch nicht umgesetzt. Die „sicheren Grenzen“ für Israel sind indes von einer Frage der strategischen Tiefe, die mehr Territorium benötigt, zu einer Frage der Demografie geworden. Wenn Israel ein mehrheitlich jüdischer Staat und zugleich eine Demokratie sein will, muss es sich aus den palästinensisch dominierten Gebieten zurückziehen. In dieser demografischen Frage lag auch das Motiv für den Abzug von 7 000 jüdischen Siedlern aus dem Gazastreifen im Sommer 2005.

Kein anderer Konflikt hat so viele diplomatische Initiativen, Experten und Literatur hervorgebracht, wie dies auf den Nahostkonflikt in all seinen Facetten zutrifft. Doch auch die letzten Versuche, einen Durchbruch zu erzielen, sind gescheitert. Diplomatie ist Verhandeln, will man es auf eine sehr kurze Formel bringen. Sie entspringt dem Wunsch nach Annäherung unterschiedlicher Standpunkte unter Wahrung des Gesichts aller Beteiligten. Gerade dieser Aspekt wurde aber im Umgang des Westens mit den Konfliktparteien selten respektiert.

Vom Versagen der Diplomatie

Die Globalisierungsdebatte stellte bereits Anfang der 1990er-Jahre die Rolle der Diplomatie mit ihren klassischen Strukturen residenter Apparate in Frage. Es meldeten sich verstärkt in der europäischen Öffentlichkeit und auf Parlamentsebene kritische Stimmen zur Rolle der traditionellen diplomatischen Institutionen zu Wort. Zugleich zeigte sich mit der Rückkehr der Kriege und der neuen Terrorismusdebatte die Notwendigkeit für zeitgemäße Analysen, Verhandlungstechniken und ihre Implementierung, um auf die geopolitischen Herausforderungen zu reagieren.

Durch Verhandeln, Überzeugen und Ausgleich hat der Diplomat, indem er oft auch sämtliche Register der Kreativität zieht, ohne sich dem Risiko der Realitätsferne auszusetzen, alle Optionen für eine friedliche Lösung zu prüfen. Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlung ist jedenfalls eine präzise Sachkenntnis der Angelegenheiten. Gerade daran mangelt es leider allzu häufig. In den internationalen Beziehungen zeichnen sich zwei gegenläufige Entwicklungen ab: die Globalisierung und fortschreitende Integration ermöglichen einerseits gemeinsame Wirtschaftsräume, die politische Unionen werden und ihre Außenpolitik abgestimmt gestalten. Zugleich beobachten wir das bereits beschriebene Phänomen der Balkanisierung. Die Diplomatie muss sich mit „failed states“, also gescheiterten Staatsgebilden befassen, die Flüchtlingsebenen ebenso exportieren wie extreme Ideologien und Gewalt. Die westfälische Ordnung ex 1648 auf Basis von Territorialstaaten ist deutlich in Unordnung geraten, wie dies an der veränderten Kriegsführung, einer Entstaatlichung des Krieges, erkennbar ist. Bisher ist es der Diplomatie nicht gelungen,

einen Staatenzerfall zu verhindern oder einen der gescheiterten Staaten als lebensfähigen Staat wieder aufzubauen. Das vielzitierte „nation-building“ riskiert eher die Belebung weiterer Zentrifugalkräfte, sodass neuerdings eher „state- and institution-building“ angestrebt werden.

Kritisch betrachtet hat das kostenintensive diplomatische Engagement, ob in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo oder im Libanon und im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht in der geplanten Frist die gewünschten Ergebnisse gezeitigt. Wer ist schuld? Sind es die „Verhältnisse“, die schon Bert Brecht in der Dreigoschenoper als das Übel beschreibt? Oder sind es die Akteure selbst, die Diplomaten, die versagen? Was der britische Diplomat und Historiker Harold Nicolson bereits 1939 an Qualitäten für seine Kollegen einforderte, gilt weiterhin: „Die schlimmsten Diplomaten sind die Missionare, die Fanatiker und die Juristen; die Besten ihrer Art hingegen sind die vernünftigen und humanen Skeptiker. Denn nicht die Religion hat die diplomatische Theorie geprägt; es war vielmehr der gesunde Menschenverstand.“¹² Um in einer Zeit bürgerkriegsähnlicher Konflikte in zahlreichen Einsatzgebieten, ob in Europa oder auf der südlichen Halbkugel, als Vermittler und Unterhändler seiner Regierung aufzutreten, ist diese große Portion gesunden Menschenverstands neben der Expertise und der Sprachkenntnisse unerlässlich. Tatsächlich sind aber die von Nicolson trefflich beschriebenen Missionare und Juristen in den Krisenzonen unterwegs.

Waren ihre Vorgänger noch solide in Geschichte und Sprachen ausgebildet, so mangelt es den heutigen Experten der Außenministerien gerade an diesem Wissen. Wenn der Ethnopsychiater Vamik Volkan vom „Versagen der Diplomatie“¹³ spricht und viele Fallbeispiele internationaler Vermittlung, so im arabisch-israelischen Konflikt, in seinem Buch beschreibt, zeigt er den Bedarf an Ethnologen und Historikern in den Außenministerien auf. Denn die „neuen Kriege“,¹⁴ also die Rückkehr der eigentlich alten Religionskriege, stellen Regierungen und internatio-

¹² Nicolson, Harold: Diplomacy. London 1939.

¹³ Volkan, Vamik D.: Das Versagen der Diplomatie – Zur Psychoanalyse ethnischer und religiöser Konflikte. Gießen 1999.

¹⁴ Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. Hamburg 2002.

nale Organisationen vor völlig neue Sachverhalte. Das staatliche Monopol der Gewalt zerbricht in den von Implosion bedrohten Staaten. Milizen treten an die Stelle der Armee, Stammesloyalitäten setzen sich über die staatliche Struktur, sofern sie je bestand, hinweg. Jegliche diplomatische oder militärische Intervention seitens der Staatengemeinschaft sieht sich mit asymmetrischen Ansprechpartnern konfrontiert. Will die Diplomatie wirken, sprich die Entscheidungsfindung im Umgang mit solchen höchst komplexen Sachverhalten vorbereiten und umsetzen, bedarf sie der Expertise funktionierender Nachrichtendienste und echter Spezialisten. Es mag banal anmuten, ist aber eine berechnete Forderung an die Adresse der Personalabteilungen vieler Außenministerien: Arabisten müssen im arabischen Raum zum Einsatz kommen, nicht ihre Kenntnisse in Lateinamerika verlernen.

Es waren historische Prüfungen, welche die EU in den 1990er-Jahren angesichts der schweren Konflikte vor der Haustüre durchlaufen musste. Ob sie daraus die Konsequenzen für ein gemeinsames außenpolitisches Handeln gezogen hat, darf ernstlich bezweifelt werden. Rund um den Irakkrieg zeigte sich klar, dass gemeinsame europäische Positionen rasch zerbrechen können, wenn es um alte Allianzen oder um den zukünftigen Wettlauf der Ressourcenkontrolle geht. Die Diplomatie muss sich verändern, Diplomaten müssen anders zum Einsatz kommen, wollen sie nicht zum hochbezahlten VIP-Reiseservice ihrer Regierungen verkommen. Denn zugleich ist die Diplomatie einer immer stärkeren Prüfung durch die Parlamente ausgesetzt. Diplomatie kann nicht weiter ausgelagert werden, indem Informationsdienste die *public diplomacy* übernehmen, Kommunikationsagenturen Besuche planen und Denkfabriken die Analyse übernehmen. Andernfalls werden den Außenministerien die letzten guten Talente abhanden kommen. Eine solche Perspektive wäre tragisch, noch behauptet der Souverän seine *domaine réservé*. Ein Abgleiten in die Kontrolle von Partikularinteressen, seien es akademische Institute oder Wirtschaftskonzerne, ist aber allorts zu beobachten.

Die Neuerfindung der Diplomatie

Um sich daher als sinnvoller Mitspieler auf der internationalen Bühne neu zu positionieren, muss die Diplomatie unserer Zeit grundsätzlich neu erfunden werden. Hierzu gehört eine mutige politische Zielsetzung nationaler Regierungen in einer Welt zwischen Fragmentierung und Integration ebenso wie eine zeitgemäße Rekrutierung und Ausbildung der Diplomaten. Mehr denn je sind vor allem Persönlichkeiten gefragt, die aufgrund eines klaren Menschenverstands Situationen rasch begreifen, diese skeptisch bewerten und verantwortlich handeln. Nichts anderes forderte bereits der zitierte Nicholson 1939 angesichts der rapide wachsenden Konferenzdiplomatie seiner Zeit. Aus dem „ehrbaren Spion“ venezianischer Prägung wurde ein Beamter, der vorzugsweise als Generalist auf allen Foren rasch einsetzbar ist. Mit der multilateralen Disziplin hat sich jedoch der scharfe Blick für die Wirklichkeit geschwächt. Im Revier der UNO oder EU ist eine eigene Sprache des Multilateralismus entstanden, deren Anhänger einander verstehen.

Vielmehr geht es um die Rekrutierung von Diplomaten, die tatsächlich als objektive Diagnostiker für ihre Entscheidungsträger zu wirken befähigt sind. Das heißt, sie müssen Sachverhalte in ihren historischen und kulturellen, sprich geopolitischen Zusammenhängen möglichst realitäts-treu interpretieren können. Immer wichtiger wird die Rolle des Diplomaten als Mentalitätsvermittler, der in der Präventivdiplomatie tatsächlich seine Talente einzusetzen weiß. Dies klingt fast schon nach der Quadratur des Kreises. Der alte Stand, den der *corps diplomatique* einst in den Rängen der Aristokratie bildete, hat sich infolge der demokratischen Neugestaltung der meisten Regierungen im Zuge des 20. Jahrhundert in eine völlig neue beamtete Berufsgruppe unterschiedlicher Herkunft umgewandelt. Doch die Veränderung der internationalen Beziehungen erfordert wiederum ein Umdenken und Umgestalten in Planung, Ausbildung und vor allem Rekrutierung der Diplomaten.

Denn die Rahmenbedingungen haben sich bekanntlich völlig verändert: Politische Verhandlungen führen Entscheidungsträger direkt. Der weite Bereich der Information und Analyse wurde – nicht zuletzt dank moderner Kommunikationsmittel – von Medien und spezialisierten Forschungs-

instituten übernommen. Neue Akteure machen den diplomatischen Apparat Konkurrenz. „Die Rolle des Botschafters und des Berufsdiplomaten wird zunehmend untergraben durch Außenminister, Regierungschefs und der ärgsten aller diplomatischen Erfindungen überhaupt, der Gipfelkonferenz“, schreibt der amerikanische Historiker Gordon A. Craig.¹⁵ Gerade unter diesem Phänomen leidet die Suche nach einer Lösung im Nahen Osten.

Politiker beanspruchen für sich bereits seit den Pariser Friedenskonferenzen nach dem Ersten Weltkrieg immer heftiger das Amt des Unterhändlers. Auch wenn bereits der britische Premier Lloyd George um 1919 Diplomatie als bloße Zeit- und Geldverschwendung verpönte, so stehen ihre Vertreter in einem sich integrierenden Europa noch viel heftiger unter Druck, den Berufsstand zu rechtfertigen. In den USA wiederum bestand Henry Kissinger während seiner eigenen Amtszeit als Außenminister darauf, alle wichtigen Entscheidungen selbst zu treffen. Bei seiner Pendel-Diplomatie quer durch den Nahen Osten in den 1970er-Jahren nahm er das Außenministerium kurzerhand mit. Henry hat viele Nachahmer gefunden.

Ob sich die Diplomatie von der Tagespolitik je wieder emanzipieren kann, ist ebenso fraglich wie die Rückkehr umfassend gebildeter Politiker mit gesundem Menschenverstand in die Außenpolitik. Was sich im Libanon ab 1975 ereignete, dann in den 1990er-Jahren den Balkan erfasste und schließlich seit 2003 den Irak beutelt, wird die Außenpolitik auf absehbare Zeit weiter beschäftigen. Diplomatie muss sich mit Staatenzerfall und der Fragmentierung von Gesellschaften befassen. Die chaotische Lage in den palästinensischen Gebieten hat die Nahostdiplomatie des Westens zweifellos mitverursacht. Die Lektionen, die daraus zu ziehen sind, lauten unter anderem:

Es ist schlicht dumm, diplomatische Kontakte in Krisenzeiten abubrechen, wie auch im späten 20. Jahrhundert die USA, ob gegen China, den Iran oder Syrien demonstrierten. Gerade in Krisenzeiten ist die diplomatische Verbindung entscheidend, um weitere Eskalation zu verhindern.

¹⁵ Craig, Gordon A.: Krieg, Politik und Diplomatie. Wien 2001. S. 270

Diplomatie ist keine exakte Wissenschaft, die sich mathematisch fernab der Realität konstruieren lässt, sie bedarf vielmehr des ständigen Kontakts zwischen den Vertretern des Entsendestaates und jenen des Empfangsstaats. Diplomatie lebt aus der Praxis. Es geht immer wieder um das Individuum, dessen Talente eine entscheidende Rolle im Verhältnis zweier Staaten zueinander spielen können. Jeglichen Kontakt zur Hamas abubrechen war ein Fehler, der ebenso in einem Chaos münden wird, wie dies in den 1990er-Jahren bereits Algerien erfahren musste.

